



---

## BESCHLUSSVORLAGE

**Antragsteller/in**

**Drucksachen-Nr.: - AZ**

Stv. FW	1393/09 - I/491
---------	-----------------

### **Beratungsfolge**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Magistrat	13.07.2009	
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	08.09.2009	
Stadtverordnetenversammlung	17.09.2009	

### **Betreff:**

**Kommunales Wahlrecht  
Resolution**

### **Text:**

Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei den kommunalen Spitzenverbänden für ein kommunales Wahlrecht für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Einwohnerinnen und Einwohner ein.

Wetzlar, den 19.08.2009

gez. Bayram Serin

## **Begründung:**

“Demokratie braucht jede Stimme! Kommunales Wahlrecht für Alle!

So lautet das Motto einer bundesweiten Kampagne, an der sich auch der Ausländerbeirat der Stadt Wetzlar und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) beteiligen (s.a. [www.kommunales-wahlrecht.de](http://www.kommunales-wahlrecht.de)).

Die Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung schließt sich dieser Forderung mit einer eigenen Resolution an, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten die politische Diskussion um eine Änderung des Artikels 28 des Grundgesetzes durch Bundestag und Bundesrat zu beeinflussen.

Immer mehr Städte und Gemeinden in Hessen haben erkannt, dass die Möglichkeit der politischen Partizipation der langjährig hier lebenden Migranten von entscheidender Bedeutung für deren Integration ist. Die Entscheidungen kommunaler Parlamente haben unmittelbare Auswirkungen auf die Situation jedes einzelnen Einwohners und jeder Einwohnerin - unabhängig von seiner/ ihrer Staatsangehörigkeit. Wenn Migranten das kommunale Wahlrecht nicht mehr vorenthalten wird, haben Sie auch Verantwortung für die Gestaltung des Lebens in ihrer Stadt mitzutragen.

Mit diesem Antrag nimmt der Ausländerbeirat der Stadt Wetzlar erstmals das ihm von der Stadtverordnetenversammlung gewährte Antragsrecht wahr. Die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht ist eine der ältesten und grundsätzlichen Forderungen, die er und viele andere Ausländerbeiräte erhoben hatten. Eine Unterstützung durch die Stadtverordnetenversammlung wäre nicht nur von symbolischer Natur. Es gibt viele Möglichkeiten, die politische Diskussion über die politischen Parteien und Institutionen zu beeinflussen.

So hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel mit Beschluss vom 25.02.2008 den Magistrat aufgefordert, sich beim Deutschen Städtetag für eine entsprechende Änderung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.

In Deutschland wächst die Zustimmung für eine Erweiterung der politischen Teilhabe von Migranten über alle Parteigrenzen hinweg, da es sich eine demokratische Bürgergesellschaft nicht leisten kann, einen großen Teil ihrer Mitglieder (derzeit ca. 4,5 Millionen Ausländerinnen und Ausländer) von elementaren Mitwirkungsrechten auszuschließen.